

Kanton will Konzept für Seelisberg überdenken

Migration | Geeignete Asylunterkünfte im Kanton Uri sind rar

Die eskalierte Informationsveranstaltung vom vergangenen Donnerstag in Seelisberg wirft hohe Wellen. Ein runder Tisch soll nun klären, wie es mit der Situation weitergeht.

Armin Stalder

Die abgebrochene Veranstaltung in der Seelisberger Turnhalle vom Donnerstag, 4. August, zur geplanten Asylunterkunft im Hotel Löwen erhitze im Kanton Uri die Gemüter – und sorgt landesweit für Schlagzeilen (siehe Kasten). Der Grund: Die Seelisberger wehren sich vehement gegen die Pläne, dass im Dorf ein kantonales Asylzentrum für bis zu 60 Bewohner eingerichtet werden soll («Urner Wochenblatt» vom 6. August). Auch auf der UW-Website wurde das Thema während der vergangenen Tage rege diskutiert: 143 Kommentare wurden bis Sonntag abgegeben – ein Rekord. Inzwischen haben sich mehrere Urner Parteien zum Vorfall zu Wort gemeldet. Die SVP Uri etwa bezeichnet in einer Pressemitteilung das Vorhaben, in einer Gemeinde mit knapp 700 Einwohnern 60 Asylsuchende mitten im Dorf platzieren zu wollen, als realitätsfremd. Sie fordert vom Regierungsrat, dass er sich zusammen mit weiteren Innerschweizer Kantonen in Bern für eine vernünftige Asylpolitik einsetzt. Die Juso Uri hingegen appelliert in einer Mitteilung für eine sachliche Diskussion. Die Partei verweist auf die Asylunterkunft in Altdorf, wo es keine Probleme gebe. Ähnlich klingt es bei der Mutterpartei SP (UW vom Samstag, 6. August): Es sei «eine Pflicht und ein Privileg, denen Schutz zu bieten, die auf der Flucht sind». Sie fordert einen gemeinsamen Dialog.

Konzept überprüfen

Den Dialog will auch Sozialdirektorin Barbara Bär suchen, wie sie auf Anfrage des «Urner Wochenblattes» sagte. Zuerst will sie aber in Ruhe das Konzept überprüfen, zu dessen Präsentation es in Seelisberg nicht kam. Welche Anpassungen das neue Konzept beinhalten könnte, müsse erst abgeklärt werden, so Barbara Bär.



Das Hotel Löwen in Seelisberg steht zurzeit im Fokus der kantonalen Asyldebatte. Ab Herbst soll es als zweite Gruppenunterkunft für Asylsuchende dienen. FOTO: ELISA HIPPE

Weiter betonte die Regierungsrätin, dass es nun darum gehe, nach vorne zu schauen und möglichst rasch einen runden Tisch mit den betroffenen Partnern und Parteien zu organisieren. An diesem soll das weitere Vorgehen besprochen werden. Wei-

tere Details oder einen möglichen Termin wollte sie allerdings nicht nennen. In einem Interview mit der «NUZ» vom 6. August sagte Sozialdirektorin Barbara Bär jedoch unter anderem, das Konzept sehe vor, dass die Asylsuchenden rund um die Uhr

beaufsichtigt und in die Unterkünfte eingebunden würden und dass für sie in der Öffentlichkeit klare Spielregeln gelten. Für die Sicherheit soll eine verstärkte Polizeipräsenz besorgt sein. Für die Bevölkerung würde eine Hotline eingerichtet.

Reaktionen nationaler Medien auf den Eklat

Im «Tages-Anzeiger» sagte Sozialdirektorin Barbara Bär, die Beleidigungen seien «persönlich» und «sehr verletzend» gewesen. «Dass nur fünf bis zehn Asylsuchende auf einmal kommen, konnten wir gar nicht mitteilen», so Barbara Bär. Für sie war es nicht die erste Informationsveranstaltung über eine Asylunterkunft in einer Urner Gemeinde. Die Veranstaltung in Realp vor drei Jahren sei ebenfalls sehr gut besucht gewesen. «Aber die Dorfbewohner haben Fragen gestellt, und sie wollten die Antworten hören.» Zum «Blick» sagte sie: «Dass es heftig wird, war mir klar. Trotzdem habe ich mehr Anstand erwartet. 60 Asylsuchende sind das maximal Mögliche. Es könnten auch deutlich weniger sein.» Eine genaue Zahl sei schwer abzuschätzen.

Die «NZZ» berichtet, dass Barbara Bär in einem Gespräch mit der

Nachrichtenagentur sda sagte, sie wolle am geplanten Standort für das Asylzentrum in Seelisberg festhalten. Die sda zieht einen Vergleich zu anderen Gemeinden im Bergkanton Graubünden. Im Davoser Weiler Laret mit rund 240 Einwohnern sind seit 2012 in einem Hotel 120 Asylbewerber untergebracht. Und in Arosa, im Gebiet Litzirüti (rund 50 Einwohner), wurde im vergangenen Jahr ein Sport- und Ferienhaus in eine Asylunterkunft für bis zu 100 Personen umfunktioniert.

Karl Huser kontert Vorwürfe

Barbara Bär sagte gegenüber der «Basler Zeitung» keinen Grund, den Mietvertrag mit dem Kanton zu überdenken. Dieser habe sich interessiert, und es wurde ein Mietvertrag abgeschlossen. «Es handelt sich um ein ganz normales Geschäft.» Er gab aber zu, überrascht worden zu sein. «Mit solcher heftigen Reaktionen habe ich offen gestanden nicht gerechnet.» (ast)

eine inszenierte Verweigerung gewesen. In ihren 20 Jahren als Exekutivpolitikerin habe sie noch nie so viel Emotionen, Groll und Hass erlebt, so die Regierungsrätin. Der Seelisberger Gemeindepräsident Karl Huser kontert die Vorwürfe im «Blick»: «Die Gemeinde hat sicher nichts inszeniert. Was sich am Donnerstag abgespielt hat, ist das Ergebnis einer Überrumpelungstaktik vonseiten des Kantons.»

Der Eigentümer des «Löwen», Hanspeter Acklin, sieht in einem Interview mit der «Basler Zeitung» keinen Grund, den Mietvertrag mit dem Kanton zu überdenken. Dieser habe sich interessiert, und es wurde ein Mietvertrag abgeschlossen. «Es handelt sich um ein ganz normales Geschäft.» Er gab aber zu, überrascht worden zu sein. «Mit solcher heftigen Reaktionen habe ich offen gestanden nicht gerechnet.» (ast)

Unterkünfte sind rar

Der Standort «Löwen» in Seelisberg habe sich als Gruppenunterkunft angeboten. Diese benötige der Kanton – zusätzlich zur bisher einzigen beim Bahnhof in Altdorf – aufgrund der zu erwartenden Zunahme an Flüchtlingen. Momentan sind in Uri 477 Personen in 80 Wohnungen in 14 Gemeinden einquartiert. Die Kapazitäten in diesen gemieteten Wohnungen sind laut Barbara Bär ausgeschöpft. «Es ist grundsätzlich schwierig, Unterkünfte zu finden, und zwar schweizweit», sagte sie gegenüber dem «Urner Wochenblatt». Dies, weil sich der Kanton am offenen Wohnungsmarkt orientiere und die Wohnungen auch bezahlbar sein müssten. Das erschwert die Suche nach Alternativen.

Das Barackendorf der Neat-Baustelle in Amsteg zum Beispiel würde Platz für etwa 200 Personen bieten. «Die Variante Amsteg hat man intensiv geprüft, es haben viele Gespräche stattgefunden, aber die Gemeinde erteilt keine temporäre Baubewilligung für eine Asylunterkunft», wird Barbara Bär im SRF Regionaljournal Zentralschweiz vom Montag, 8. August, zitiert. Laut Gemeindepräsident Hermann Epp sei ein solches Projekt nicht zonenkonform. Weiter heisst es gemäss SRF, das Bundesamt für Strassen habe sich das Areal im Zusammenhang mit den künftigen Bauarbeiten an der zweiten Gotthard-Strassenröhre gesichert. Und: Das Barackendorf werde spätestens Ende März 2017 abgerissen, wie die zuständige AlpTransit Gotthard AG gegenüber SRF bestätigte.

Ebenfalls als mögliche Asylunterkunft wurde vor fünf Jahren das Truppenlager Wattingen in Wassen gehandelt. Das damalige Bundesamt für Migration prüfte, ob der Standort als temporäre Unterkunft für Asylsuchende infrage käme. Die Gemeinde und die Urner Regierung waren der Meinung, dass dies aufgrund diverser infrastruktureller Mängel nicht möglich sei. Der Bund bezeichnete den Standort am 8. August 2011 schliesslich als ungeeignet. Ob das Truppenlager aktuell eine Option zur Unterbringung von Asylsuchenden ist, war vom Staatssekretariat für Migration bis Redaktionsschluss nicht in Erfahrung zu bringen.

Urner Wochenblatt

Die grösste Urner Zeitung, gegründet 1876
Printauflage: 9'419 (WEMF 2015),
E-Paper: 210 (Selbstdeklaration)

Redaktion

Gitschenstrasse 9
6460 Altdorf
Telefon 041 874 16 77
Fax 041 874 16 70
mail@urnerwochenblatt.ch
www.urnerwochenblatt.ch

Markus Arnold (Chefredaktor) (ma)
Stefan Arnold (Stv. Chefredaktor) (sa)
Martina Tresch-Regli (mr)
Doris Marty (dmy)
Mathias Fürst (füm)
Franka Kruse (fk)
Elisa Hipp (ehi)
Simon Gislser (sigi)
Armin Stalder (Praktikant) (ast)

Redaktionelle Mitarbeit

Christian Mattli (cmm)
Rita Spizzi (sr)
Esther Hergert (eh)
Dorothe von Rotz (dv)
Petra Arnold (ape)
Regula Wyss (wy)
Silvia Schmucki (sil)

Druck und Verlag

Gislser Druck AG
Gitschenstrasse 9
6460 Altdorf
Telefon 041 874 16 16
Fax 041 874 16 32
mail@gislserdruck.ch

UW-Abonnement

Print: jährlich Fr. 208.–, halbjährlich Fr. 109.50;
E-Paper: jährlich Fr. 162.–; Print-/E-Paper-Kombi: jährlich Fr. 266.–; Print beim Verlag abgeholt: jährlich Fr. 194.–; Print Einzelverkauf: Fr. 2.20; Aboservice: Tel. 041 874 16 16, abo@gislserdruck.ch

FORUM

Bitte mehr Anstand und Fairness

Was sich Seelisberg leistet, ist unterster Schublade. Die Regierung hat alles mit dem Gemeinderat besprochen, und der hat das Vorgehen abgesegnet. Nachher – als von gewissen Leuten her Druck kam – hat man schnell die Fahne nach dem Wind gerichtet und ist der Regierung in den Rücken gefallen. So geht das nun wirklich nicht. Asylbewerber zu beherbergen, ist eine kantonale Aufgabe wie das Bauen von Strassen. Wollte man jedes Mal so lange herumfragen, bis es jedem Hinz und Kunz passt, hätten wir keine Strassen. Auch Seelisberg muss seinen Teil an der kantonalen Aufgabe leisten. Geld nimmt man ja auch gerne vom Kanton. Ist es den Seelisbergern lieber, sich freizukaufen wie in Oberwil-Lieli? Dann bitte sollen sie dem Kanton eine halbe Million Franken pro Jahr abliefern, damit er seine Aufgaben anderswo durchführen kann und jene Gemeinden, die nicht so viel Lärm machen, auch belohnen kann.

Man erinnert sich – vor Jahren lief man in Seelisberg Amok wegen der Yogis. (Obwohl in keinem Land mehr Vergewaltigungen geschehen als in Indien, ist keine Seelisbergerin von einem Yogi vergewaltigt worden.) Ich wünsche mir von den Seelisbergern etwas mehr Realitätssinn und mehr Besonnenheit und ein Quäntchen mehr Anstand und Fairness gegenüber den kantonalen Entscheidungsträgern.

Peter Hirzel, Altdorf

Respektlose Behandlung

Regierungsrätin Barbara Bär beklagt sich und gibt sich beleidigt über die geplante Infoveranstaltung zur definitiven festgeschriebenen Asylunterkunft in Seelisberg. Dieses hausgemachte Debakel hätte sie sich durchaus ersparen können, wenn von allem Anfang an politisch korrekt gehandelt worden wäre. Es ist absolut unbegreiflich, wie wenig politische Sensibilität beim Abschluss des Mietvertrages mit dem Besitzer des Hotel Löwen geherrscht haben muss: 60 junge asylsuchende Männer an einem zudem denkbar ungeeigneten Ort unterzubringen. In Bezug auf die mit diesem Geschäft verbundene politische Dimension ein solches Vorhaben ohne Einbezug der ansässigen Bevölkerung durchzuziehen, das geht gar nicht!

Uns in der Folge davon vor die vollendete Tatsache zu stellen und sich im Wesentlichen darauf zu beschränken uns vorzutragen, wie sich die Verantwortlichen sich das Prozedere vorstellen, steht in jedem Fall in krassm Gegensatz zum Volkswillen, festgehalten von der IG Seelisberg. Dort sind die Positionen, welche die Lebensqualität in unserem Dorf massiv beeinträchtigen, detailliert und sachlich begründet aufgelistet. Wenn Barbara Bär sich weigert, auf unser von nahezu der gesamten Dorfbewölkerung getragenes Anliegen einzutreten, wähnt man sich zwangsläufig zur fal-

schon Zeit am falschen Ort. Eine solche Veranstaltung – nach mehreren vergeblichen Appellen einzulocken, stattdessen einem Vortrag zu folgen, der für uns völlig irrelevant ist – zu verlassen, war daher folgerichtig und legitim.

Zudem hat ein Mitglied der Delegation in völliger Verkennung der Realität behauptet, die vorgesehene Asylösung habe die Dorfgemeinschaft auseinanderdividiert. Effektiv stand an diesem Abend eine nie zuvor in dieser Grössenordnung erschienene Dorfgemeinschaft nahezu zu 100 Prozent hinter dem Anliegen der IG. Diese hatte lediglich verlangt, das Ganze auf eine faire, tragbare und deshalb auch auf ein einwohnerproportional gerecht verteiltes Mass zu reduzieren. Tatsächlich auseinanderdividiert worden ist an diesem Abend aber eine Urner Gemeinde vom übrigen Uri. Keine Frage, wer das zu verantworten hat.

Respektlose Behandlungen als Randgebiet von Uri sind uns schon aus früheren Auseinandersetzungen nicht unbekannt. Es wäre Zeit, damit aufzuhören. Ein ernsthaftes Zeichen dafür liesse sich dadurch setzen, indem die Regierungsverantwortlichen sich bereit zeigten, die von ihrer Seite heraufbeschworene Eskalation unverzüglich durch Respektierung des Volkswillens herunterzufahren. So geht Demokratie, meinen wir.

Peter Hauser, Seelisberg

Öffnet wenigstens eure Herzen

Ich bin gebürtiger Urner und lebe seit nunmehr über 50 Jahren im Basler «Exil». Noch nie wurde hier mein Dasein infrage gestellt – ganz freiwillig geschah diese «Flucht» allerdings nicht. Der Kanton Uri vermochte zu meiner Zeit einfach nicht genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Noch früher war die Situation für viele Urner so dramatisch, dass ihnen als einzige Möglichkeit der Söldnerdienst für fremde Herrscher blieb. Dabei geschah es in Einzelfällen, dass Brüder, die unterschiedlichen Herren dienten, gezwungen waren, gegeneinander zu kämpfen. Anhand dieser Dramen sollte im Kanton Uri nie vergessen werden, dass es kaum etwas Schrecklicheres gibt, als seine Heimat unter Zwang verlassen zu müssen.

Ich nehme das aktuell grösste Drama, das sich auf unserer Welt abspielt. In Syrien wird ein unsinniger Krieg geführt, unter dem fast nur die Zivilbevölkerung leidet. Dass dort jeder, der die Möglichkeit hat, dieser unbeschreiblichen Tragödie zu entfliehen, sie auch nutzt und dabei dringend auf Hilfe angewiesen ist, sollte auch in einen harten Urner Kopf eindringen können. Also, liebe Seelisberger: Öffnet wenigstens eure Herzen und zeigt damit, dass hinter einer harten Schale durchaus ein weicher Kern vorhanden sein kann.

Beni Gnos, Allschwil